

## **Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung**

### **1. Allgemeines**

Der Regierungsrat wurde 2007 von Landammann Peter Gomm geleitet. 2007 wurden an 44 Sitzungen 2229 Beschlüsse gefasst.

### **2. Regierungsgeschäfte**

Nachdem die Staatsrechnung 2006 erneut mit einem Ertragsüberschuss abschloss, konnte die längst erwartete Steuerentlastung ernsthaft angegangen werden. Der regierungsrätliche Beschlussesentwurf passierte den Kantonsrat zwar nicht unbestritten, der Kantonsrat unterstellte ihn aber von sich aus der Volksabstimmung. In der Abstimmung vom 21. Oktober 2007 wurde der Vorlage mit überwältigendem Mehr zugestimmt, womit einer Inkraftsetzung des ersten Teils auf das Jahr 2008 nichts mehr im Wege stand. Damit war ein deutliches Signal für die Verbesserung der - auch- steuerlichen Attraktivität des Kantons gesetzt.

Im Herbst 2007 wurde erstmals öffentlich (Halbzeit-)Bilanz zum Legislaturplan 2005-2009 gezogen. Im Gegensatz zur vergangenen "Spar-Legislatur" konnten zahlreiche bedeutende Vorlagen beschlossen werden, hängige Projekte wurden vorangetrieben.

Im Jahr 2007 wurden verschiedenste gesetzgeberische Projekte verabschiedet (Botschaft und Entwurf), insbesondere

- Änderung des Volksschulgesetzes im Bereich Spezielle Förderung und Sonderpädagogik
- Massnahmenpaket zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Änderungen im Kantonspolizeigesetz, EG StGB, Zivilprozessordnung)
- Anschluss des Kantons an die neue Trägerschaft für den betrieblichen und projektfreien Unterhalt der Nationalstrassen in der Nordwestschweiz (Änderung Strassengesetz)
- Anpassungen verschiedener Gesetze zur Umsetzung der NFA
- Einführung einer Defizit- und Steuererhöhungsbremse (Änderung WoV-Gesetz uam.)
- Anpassungen der Verwaltungsrechtspflege, Verfahrensbeschleunigung und -ökonomie (Änderung Verwaltungsrechtspflegegesetz)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit
- Änderungen des öV-Gesetzes
- Fischereigesetz
- Erhöhung der Finanzbefugnisse des Regierungsrates (Änderung Kantonsverfassung)
- Fachhochschulgesetz (gesetzlicher Rahmen für *alle* Massnahmen auf dem Gebiet der Fachhochschulen)

Im Jahre 2007 wurde die neue Informatikstrategie definiert: Im Vordergrund steht der wirtschaftlich sinnvolle Einsatz der Informatik. Gesamt-Lösungen sollen die wesentlichen Anforderungen für die Aufgabenerfüllung abdecken, darüber hinausgehende Bedürfnisse werden im Rahmen der Wirtschaftlichkeit berücksichtigt. Zur Minimierung der Lieferantenabhängigkeit kommen offene Systeme und Produkte zum Einsatz. Die Informatik-Infrastruktur wird weiterhin, in der Regel mit Standard-Lösungen vereinheitlicht. Sie gilt für die nächsten vier bis acht Jahre.

Der im Jahre 1999 sistierte Berufsschulsport am BBZ Solothurn-Grenchen ist auf das Schuljahr 2007/2008 schrittweise wieder eingeführt worden.

Mehrjährige Kampagne zur Gewaltprävention. In einem ersten Schritt wurde die Bevölkerung im öffentlichen Raum für die Anliegen der Gewaltprävention sensibilisiert. Plakate, Inserate, die Website [www.so-gegen-gewalt.ch](http://www.so-gegen-gewalt.ch), Kinowerbung uam. rufen zu mehr Zivilcourage auf. Ziel ist eine breit angelegte, differenzierte Debatte über Ursachen von Gewalt und Möglichkeiten zur Prävention.

Nach dem Bericht "Raumbeobachtung im Kanton Solothurn: Bevölkerung und Wohnen" (vgl. [www.arp.so.ch](http://www.arp.so.ch)) bestehen mit den rund 100 ha unbebauten Wohn- und Mischzonen genügend Bauzonen bis ins Jahr 2030. Für die zukünftige Entwicklung ist bedeutsam, dass das Wachstum der Sied-

lungsflächen die Lebens- und Wohnqualität nicht beeinträchtigt. Aufgabe des Kantons (und der Gemeinden) bleibt, die Siedlungsfläche zu begrenzen und die sie umgebende Landschaft zu erhalten und zu gestalten.

Die Regierungen der Kantone AG, BL, BS und SO beabsichtigen eine gemeinsame Weiterentwicklung ihrer Bildungssysteme wie im Bericht "Bildungsraum Nordwestschweiz" vorgeschlagen.

Während die drei Kantone AG, BL und BS die Sekundarstufe I gemeinsam ausgestalten, verfügt SO bereits über den Umsetzungsplan für die Sek-I-Reform entsprechend den Vorgaben des HarmoS-Konkordats: Die Jahrgänge 1998/1999 werden die ersten sein, welche die Sekundarstufe mit der neuen Gliederung Sek B (Basisansprüche), Sek E (Erweiterte Ansprüche), Sek P (Progymnasium) und Sek K (Kleinklasse) durchlaufen. In Zusammenarbeit mit den Partnerkantonen sollen einheitliche Übertrittsverfahren und Promotionsregelungen, gemeinsame Leistungsmessungen sowie ein einheitlicher Schulabschluss (Abschlusszertifikat) entstehen.

Die Arbeiten an der Solothurnischen Kantonsgeschichte sind auf Kurs. Wenn sich das Teilprojekt 19. Jahrhundert nach Plan entwickelt, wird 2009 mit Band IV.2 (Geschichte des Kantons Solothurn 1831–1914 mit den Kapiteln Landschaft und Bevölkerung, Wirtschaft und Verkehr, Gesellschaft und Kultur) ein Werk erscheinen, das eine Übersicht über den Wandel Solothurns vom Agrar- zu einem der führenden Industriekantone gibt. Die Vorbereitungsarbeiten für die Folgebände sind in Gang.

Unter den im Jahre 2007 durchgeführten Vernehmlassungen (vgl. [www.sk.so.ch/vernehmlassungen/archiv/archiv-2007](http://www.sk.so.ch/vernehmlassungen/archiv/archiv-2007)) sticht jene über die Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer durch Einführung eines Bonus-Malus-Systems besonders hervor. Über das weitere Vorgehen wird in der ersten Jahreshälfte 2008 beschlossen.

### **3. Anlässe / Aussprachen**

Der Regierungsrat traf sich im Berichtsjahr mit den Gemeindepräsidien von Erlinsbach SO, Kienberg, Lostorf, Niedergösgen, Obergösgen, Rohr, Stüsslingen, Winznau, Balm b. Günsberg, Feldbrunnen-St. Niklaus, Flumenthal, Günsberg, Hubersdorf, Kammersrohr, Niederwil, Riedholz, Däniken, Dulliken, Eppenber-Wöschnau, Gretzenbach, Schönenwerd, Starrkirch-Wil, Walterswil und der Stadt Solothurn.

Weitere Aussprachen fanden mit den Präsidien der Bürgergemeinden der Amtei Thal-Gäu, mit den Niederämter Gemeindepräsidien, mit dem Verband Soloth. Einwohnergemeinden (VSEG), dem Verband Soloth. Bürgergemeinden und Waldeigentümer und dem Obergericht statt.

Der Regierungsrat empfing die soloth. Berufs- und Unteroffiziere, den Kantonsratspräsidenten, die ehemaligen Regierungsrätinnen und Regierungsräte, die ehemaligen FdP-Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die Eidg. Finanz- und Steuerverwaltung, die Landwirtschaftsdirektorenkonferenz, das Kader-Seminar des Eidg. Finanzdepartementes (Tagung in Solothurn), die Schweiz. Evaluationsgesellschaft sowie die für den Kanton Zuständigen von "Die Post". Er traf sich mit den Spitzen verschiedenster solothurnischer Firmen und nahm an besonderen Anlässen und Jubiläen teil. Auch ausländische Delegationen wurden empfangen, wie der Schweizerisch-Deutsche Wirtschaftsklub München oder eine chinesische Gruppe von Personalverantwortlichen.

Zu den sich wiederholenden Anlässen gehörten Empfänge von hohen Offizieren, der solothurnischen interkonfessionellen Konferenz (SIKO) und Begegnungen mit Vertretern des Bistums Basel.

2007 wurden 19 Hundertjährige geehrt.

Regelmässige Aussprachen fanden auch mit Vertretern aus der Politik wie eidg. Parlamentarier und der Wirtschaft statt.

Jedes Jahr vergibt der Regierungsrat Werkjahrbeiträge, Sport- und Kunstpreise.

Die Regierungen der Nordwestschweizer Kantone haben sich einmal in Solothurn getroffen und es fanden drei Arbeitsausschuss-Sitzungen sowie eine Zusammenkunft mit den NWS-Ständeräten statt.

Der Regierungsrat nahm an der Jubiläumsfeierlichkeit einer Einwohnergemeinde teil. Ebenso nahm er an der Kantonsratspräsidentenfeier, am NWS-Schwingfest und am NWS-Jodlerfest teil, und er besuchte einzelne Truppen im Feld.

Die Kontakte mit den Medien wurden durch regelmässige Medienkonferenzen und Begegnungen bei weiteren Anlässen aufrechterhalten.

#### **4. Information der Öffentlichkeit**

<b>Tätigkeiten</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Anzahl Medienversände nach RR-Sitzungen	43	44
Anzahl Medienmitteilungen	339	335
Anzahl Medienkonferenzen inkl. Fototermine	29	24
Anzahl akkreditierte Medien	59	64

Im Tagesdurchschnitt wurden auch 2007 acht bis zehn Medienauskünfte erteilt. Interviews vermittelt und begleitet, Medienunterlagen für Medienkonferenzen zusammengestellt, sowie Medienschaffende mit den richtigen Stellen in Kontakt gebracht.

Im Bereich der internen Ausbildung (Personalamt, Polizei, ZS, KFS) war der Medienbeauftragte des Regierungsrates an 13 Tagen als Medientrainer im Einsatz. Kursunterlagen wurden laufend überarbeitet, aktualisiert und an die Bedürfnisse der Kursteilnehmer angepasst.

Zur Vorbereitung des Auftritts des Kanton Solothurn am Zürcher Sechseläuten 2008 nahm der Medienbeauftragte Einsitz im kantonalen Organisationskomitee.

Die Mitarbeit im KFS war gegenüber den Vorjahren zeitintensiver.

Die Referententätigkeit zum Thema "politische Kommunikation" wurde auch 2007 fortgeführt (Hochschule für Wirtschaft Zürich, Academia Engiadina, Serviceclubs wie Rotary, Lions usw.)

Das Präsidiums der Schweizerischen Informationskonferenz öffentlicher Verwaltungen (SIKOV) beanspruchte rund 5 Arbeitstage (Vorstandssitzungen, Seminarien, Generalversammlung).

In Fragen der Öffentlichkeitsarbeit stand der Medienbeauftragte den Departementen und Ämtern wiederum beratend zur Seite.

#### **5. Vollzugskontrolle zur Jahresplanung des Regierungsrates für das Jahr 2007**

Die Vollzugskontrolle wurde in den IAFP integriert.

#### **6. Nordwestschweizer Regierungskonferenz**

Die vom Kanton Solothurn geleitete Konferenz (Präsidentin Regierungsrätin Esther Gassler) traf sich zu drei Arbeitsausschuss-Sitzungen und einer Plenarsitzung. Die Plenarsitzung fand am 8. Juni 2007 in Solothurn statt.

Im Zentrum der Plenarsitzung standen Fragen von regionalem Interesse aus der Wirtschafts-, Verkehrs-, Bildungs- und Gesundheitspolitik. Hervorzuheben sind:

Das Verkehrsaufkommen auf Schiene und Strasse im Dreieck Bern-Basel-Zürich ist heute schweizweit das grösste, weshalb dem Ausbau der Infrastruktur erste Priorität zukommt. Die Bau- und öV-Direktoren haben dazu ein Positionspapier erstellt, das die volle Unterstützung der Konferenz

geniesst. Die Vorlage des Bundes zur "Zukünftigen Entwicklung der Bahnprojekte" (ZEB) ist darin eine wichtige Etappe. An den Projekten Entflechtung der Knoten Bern, Basel sowie Zürich, Wisenbergertunnel, 2. Heitersbergertunnel, Doppelspurausbau am Bielersee (Ligerztunnel) und auf der Juralinie Basel-Delémont-Biel wird, da diese Vorhaben für den nationalen und internationalen Schienenverkehr von zentraler Bedeutung sind, festgehalten.

Die Wahrnehmung der Nordwestschweiz bei den Bundesbehörden soll verstärkt werden. Die NWS-Konferenz will aktuelle Themen der politischen Agenda vermehrt gemeinsam aufgreifen und sie nach Möglichkeit gemeinsam bearbeiten. Die Organisationsstrukturen sollen darum schrittweise weiterentwickelt und die Zusammenarbeit mit den regionalen Fachdirektorenkonferenzen vertieft werden.

Die Konferenz wird in den Jahren 2008 und 2009 von Basel-Stadt (Regierungsrat Guy Morin) geleitet.

## **7. Rechenschaftsbericht ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit**

Vertreter des Kantons Solothurn in der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, der sämtliche Kantone angehören, ist der Vorsteher des Finanzdepartementes. Seit 1998 präsidiert er die ch Stiftung. Der Leitende Ausschuss, das Führungsgremium der ch Stiftung, hielt im Jahr 2007 eine Sitzung ab, an welcher unter anderem die ordentliche Stiftungsratsversammlung vom 16. Januar 2008 vorbereitet wurde. Zudem wurde ein Beschluss auf dem Zirkularweg gefasst.

Die Tätigkeit der ch Stiftung ist auf klar abgrenzbare, praktische Projekte konzentriert, die sich generell in drei Sparten einordnen lassen: Kulturaustausch über die Sprachgrenzen, Dienstleistungen für die Kantonsregierungen sowie konzeptuelle und praktische Arbeiten im Zusammenhang mit Föderalismusfragen. So ist die ch Stiftung Trägerorganisation des Hauses der Kantone, das im Juni 2008 von 14 interkantonalen Konferenzen und Organisationen bezogen wird. Zudem führt sie das Sekretariat der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Diese bezweckt, die Zusammenarbeit unter den Kantonen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu fördern und in kantonsrelevanten Angelegenheiten des Bundes die erforderliche Koordination und Information der Kantone sicherzustellen. Aktiv ist die KdK v.a. in der Willensbildung und Entscheidungsvorbereitung im Bund sowie in der Aus- und Integrationspolitik.

Kulturpolitische Schwerpunkte der Tätigkeit der ch Stiftung bilden der Jugend- und Lehrpersonenaustausch sowie die dem Literatúraustausch gewidmete ch Reihe. Im Auftrag der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und des Bundes fördert und koordiniert die ch Stiftung den Austausch von Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen sowie Lernenden im Rahmen der offiziellen Fach- und Koordinationsstelle "ch Jugendaustausch". Hinzu tritt das im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) betreute Projekt "Offene Stellen", in welchem stellenlosen Lehr- und Studienabgängern sowie jungen Lehrpersonen eine Praktikumsstelle in einem anderssprachigen Landesteil vermittelt wird. Ab 2009 oder 2010 wird die ch Stiftung im Auftrag des Bundes die nationale Agentur zur Umsetzung der EU-Bildungs- und Jugendprogramme führen, nachdem die ch Stiftung Ende Oktober 2007 eine entsprechende WTO-Ausschreibung des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF) gewonnen hat. Der Standort dieser neu aufzubauenden Agentur mit rund 20 bis 30 neuen Arbeitsplätzen wird Solothurn sein. Dem Literatúraustausch in der Schweiz dient die "ch Reihe", ein Förderprogramm für Übersetzung zeitgenössischer Literatur in die andere Landessprache. In diesem Zusammenhang laufen die Vorbereitungen für die 2. Literaturveranstaltung "4+1 übersetzen traduire tradurre translater", die am 7./8. März 2008 im Volkshaus Biel statt fand. Im Sinne einer Dienstleistung zugunsten der Kantonsregierungen führt die ch Stiftung alljährlich im Januar - im Jahr 2008 zum zwanzigsten Mal - die ch Regierungs-Seminare durch. Diese ermöglichen den Regierungsrätinnen und Regierungsräten aus der ganzen Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, aktuelle Themen fundiert zu erörtern.

Ein weiterer Schwerpunkt der Stiftungsaktivitäten war das Mandat von 25 Kantonsregierungen, im Bereich der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften und der nationalen Kohäsion eine umfassende Koordination wahrzunehmen und die kantonalen Interessen gegenüber dem Bund zu vertreten. In diesem Zusammenhang hat die ch Stiftung namentlich die Gesetzgebungsarbeiten zu einem Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachengesetz, SpG) begleitet, das am 5. Oktober 2007 verabschiedet worden ist. Zudem hat die ch Stiftung ein „Manifest für die gelebte Sprachenvielfalt in der Schweiz“ lanciert. Ziel des

Manifests ist, die Vorteile der Sprachenvielfalt in der Schweiz bewusst zu machen und die Mehrsprachigkeit in unserem Land aktiv zu fördern. Gegenwärtig wird ein spezieller „Werkzeugkasten Sprachenvielfalt“ erarbeitet, der mehrsprachigen Firmen in der Schweiz dabei helfen soll, in ihrem unternehmerischen Alltag die Sprachenvielfalt zu fördern und den Umgang mit der Mehrsprachigkeit zu erleichtern. Im Bemühen, den Föderalismus weiterzuentwickeln und zu erneuern, legte die ch Stiftung für das Berichtsjahr 2007 den dritten Monitoring-Bericht "Föderalismus" vor.

## **8. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur Sowieso!**

Die Kerngruppe Sowieso! erarbeitete im Berichtsjahr diverse Ideen für eine Kadertagung zuhause des Regierungsrates. Zudem befasste sie sich mit den Massnahmen aufgrund der Mitarbeitendenzufriedenheitsumfrage MAZ 05/06 und nahm erfreut Kenntnis von den bereits eingeleiteten Aktivitäten (elektronische Kurzinfo So Pin, Umsetzung des Kaderentwicklungskonzeptes KEKSO, Evaluation und Optimierung des MAB-LEBO Systems durch die Fachhochschule Nordwestschweiz, vorgezogene Einführung der Flachbildschirme etc.)

Den Kadern des Kantons wurden zudem wiederum im Rahmen von drei gut besuchten Sowieso!-Clubveranstaltungen Anregungen zur erfolgreichen Führungstätigkeit geboten:

- Samy Liechti, BLACKSOCKS.ch, Zürich; Führen durch Ideen und Begeisterung.
- Emanuel Probst, Generalmanager Jura, Niederbuchsiten; Wachstum durch Begeisterung, mit Besuch der Jura Niederbuchsiten.
- Verena Diener, ehemalige Regierungsrätin im Kanton Zürich, Verwaltungsratspräsidentin der Solothurner Spitäler AG, soH; interviewt von Dagobert Cahannes und Yvette Jaggi
- In der Personalzeitschrift So! erschien jeweils ein Kurzbericht über die einzelnen Veranstaltungen.

In den einzelnen Departementen wurde die Unternehmenskultur auf individuelle Art und Weise gepflegt und gefördert.

## **9. Förderung der innerkantonalen und internationalen Beziehungen**

Zur Förderung der Begegnung von Solothurnern und Solothurnerinnen besteht die «Solothurner Stiftung 1981/1991». Sie gewährt Beiträge an inner- und interkantonale sowie internationale Begegnungsaktionen.

Im letzten Jahr wurden insbesondere Klassenaustausche der Kantonsschulen Solothurn und Olten mit Schulen in Tschechien und Deutschland unterstützt.

Die Stiftung weist per 31. Dezember 2007 einen Saldo von Fr. 57'178.- aus.

## **10. Tätigkeitsbericht 2007 des kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz**

Wir verweisen auf RRB Nr. 2008/252 vom 19. Februar 2008.  
(im Internet publiziert unter [www.datenschutz.so.ch/taetigkeitsberichte](http://www.datenschutz.so.ch/taetigkeitsberichte))

## **11. Politische Rechte 2007**

### **11.1 Volkswahlen**

Am 21. Oktober 2007 fanden die National- und Ständeratswahlen statt. Auf 13 Listen bewarben sich 81 Personen um die sieben Nationalratssitze. Für die beiden Ständeratssitze kandidierten die beiden bisherigen Ständeräte und eine Kandidatin. Das neue Informatiksystem WABSTI hat sich dabei - einmal mehr - ausgezeichnet bewährt.

### **11.2 Volksinitiativen**

Die "Gesetzesinitiative für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien" wurde am 27. Juni 2007 zurückgezogen (nachdem der Kantonsrat sie abgelehnt und den Gegenvorschlag beschlossen hatte).

Am 22. August 2007 wurde die Volksinitiative "Familienfreundliche Tagesstrukturen in den Solothurner Gemeinden" eingereicht.

### 11.3 Standesinitiativen

Der Kantonsrat hat folgende Standesinitiativen beschlossen:

28. August 2007 Standesinitiative zur Harmonisierung der Stipendien (SGB 078/2007)

5. Dezember 2007 Standesinitiative "Familienbesteuerung" (SGB 133/2007)

### 11.4 Referenden

keine

### 11.5 Volksaufträge

Am 18. Dezember 2007 wurde der Volksauftrag "Weiterführung der H5b ab Mühle Rickenbach" eingereicht.

### 11.6 Petitionen

Am 15.5.2007 hat der Verein Niederamt Plus die Petition "Lösung der Niederämter Verkehrsprobleme" eingereicht.

### 11.7 Volksabstimmungen

#### Eidgenössische Abstimmungen 2007

Datum		Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
11. März	Volksinitiative "Für eine soziale Einheitskasse"	40,3	16 709	50 869
17. Juni	Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (5. IV-Revision)	33,9	34 504	22 327

#### Kantonale Abstimmungen 2007

Datum		Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
11. März	Änderung des Gesetzes über die Kürzung von Staatsbeiträgen und die Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen (Spargesetz)	38,9	48 432	15 598

### 11.8 Kantonale Vernehmlassungen 2007

Im Berichtsjahr wurden im Kanton 8 Vernehmlassungsverfahren eröffnet (im Vorjahr 10).

Titel	Departement/Amt
Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die	Volkswirtschaftsdepartement

Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA)

Amt für Wirtschaft und Arbeit

Totalrevision des Fischereigesetzes (FiG)

Volkswirtschaftsdepartement  
Departementssekretariat

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) - Umsetzung im Kanton Solothurn: Teilbereich Nationalstrassen - Gemeinsame Trägerschaft in der Nordwestschweiz für den betrieblichen und projektfreien baulichen Unterhalt

Bau- und Justizdepartement  
Departementssekretariat

Umsetzung NFA 1. Änderung des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung; 2. Änderung des Waldgesetzes und 3. Änderung des Landwirtschaftsgesetzes als Folge der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen

Finanzdepartement  
Departementssekretariat

Vernehmlassung über Botschaft und Entwurf zur Verordnung über die Erhebung der Steuern für Motorfahrzeuge (Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer durch Einführung eines Bonus-Malus-Systems)

Departement des Innern  
Amt für öffentliche Sicherheit

Verordnung über die Harmonisierung amtlicher Register (RegV)

Finanzdepartement  
Amt für Finanzen

Vernehmlassung über die Teilrevision des Informations- und Datenschutzgesetzes (InfoDG) - Umsetzung Schengen/Dublin

Staatskanzlei  
Beauftragter für Information  
und Datenschutz

Vernehmlassung Teilrevision des Sozialgesetzes - Anpassung des Sozialgesetzes an das Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG)

Augleichskasse des Kantons  
Solothurn, Rechtsdienst